

**A n t r a g**  
(Alternativantrag)

der Fraktionen der SPD und FDP

zu dem Antrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache 15/1455 –

**Postversorgung in Rheinland-Pfalz sichern**

I. Der Landtag stellt fest:

Der Landtag hat zur Postversorgung in Rheinland-Pfalz in seiner 59. Sitzung am 6. November 2003 zu Drucksache 14/2563 einen Beschluss gefasst. Die Zielsetzung dieses Beschlusses, eine flächendeckend angemessene und ausreichende Versorgung mit Postdienstleistungen mit erschwinglichen Preisen sicherzustellen, wird vom Landtag nochmals ausdrücklich unterstrichen, insbesondere nach dem Ende des Briefmonopols in Deutschland zum 1. Januar 2008.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- zu berichten, wie vor dem Hintergrund der geplanten Öffnung der europäischen Postmärkte und der Öffnung des deutschen Briefdienstmarktes die Postversorgung in Rheinland-Pfalz gewährleistet ist und weiter gesichert werden kann;
- zu berichten, inwiefern die Öffnungszeiten der stationären Einrichtungen im Land nachfragegerecht gestaltet sind und auch in Zukunft nachfragegerecht angeboten werden;
- sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die zwingend erforderliche flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen gerade im ländlichen Raum und in den Kleinstädten auch nach dem Ende des deutschen Briefmonopols sowie vor dem Hintergrund der geplanten europäischen Öffnung des Binnenmarktes für Postdienste weiter gewährleistet wird;
- darauf zu achten und nachdrücklich dafür einzutreten, dass die Vorgaben der Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) zugunsten der Bürgerinnen und Bürger im Land in jedem Fall eingehalten werden;
- sich dafür einzusetzen, dass bei einer möglichen Anpassung der PUDLV an die neuen liberalisierten Rahmenbedingungen keine Verschlechterung bei der Versorgung mit Briefdienstleistungen erfolgt;
- dafür einzutreten, dass der europaweit durch die Richtlinie 97/67/EG vorgegebene Universaldienst, der in der Europäischen Gemeinschaft eine Abholung und eine Zustellung an der Wohnadresse oder den Geschäftsräumen jeder natürlichen oder juristischen Person an jedem Werktag selbst in abgelegenen oder dünn besiedelten Gebieten vorsieht, auch in Zukunft gewährleistet wird;
- dafür einzutreten, dass Briefkästen weiterhin nach den Mindestvorgaben der PUDLV vorgehalten werden und darüber hinausgehend die derzeit existierenden Briefkästen nicht weiter reduziert werden;

- sich dafür einzusetzen, dass insbesondere auch den Interessen älterer Menschen im Land bei der Versorgung mit Postdienstleistungen ausreichend Rechnung getragen wird und
- gegenüber Bundesregierung, Deutscher Post AG und Postdienstleistern dafür einzutreten, dass der bestehende Standard bei der Versorgung mit Postdienstleistungen in Rheinland-Pfalz nicht abgebaut wird.

Für die Fraktion der SPD:  
Jochen Hartloff

Für die Fraktion der FDP:  
Herbert Mertin